

## Warum hat Israel den Gazastreifen angegriffen? | Interview mit Dr. Shir Hever

*Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.*

**Taylor Hudak (TH):** Hallo zusammen und willkommen zu einer weiteren Folge von Die Quelle. Ich bin Ihre Gastgeberin, Taylor Hudak. Heute haben wir Dr. Shir Hever zu Gast. Er ist ein unabhängiger Wirtschaftsforscher und Journalist beim Real News Network. Heute berichtet er über die anhaltende Situation in Gaza sowie über die israelische Besatzung in Palästina und wie die israelische Innenpolitik eine Rolle in dieser anhaltenden Krise spielt. Danke, dass Sie heute bei uns sind. Und willkommen zurück bei Die Quelle.

**Dr. Shir Hever (SH):** Vielen Dank.

**TH:** Können Sie uns ein wenig über die Rolle der israelischen Innenpolitik bei den jüngsten Angriffen in Gaza berichten?

**SH:** Das israelische politische System und dessen Krise ist der eigentliche Grund für den gegenwärtigen Zyklus der Gewalt, der damit begann, dass bei vier aufeinanderfolgenden Wahlen in Israel kein entscheidender Sieg für die eine oder andere Seite erzielt wurde. Der Grund dafür liegt in der starken Tribalisierung aller israelischen politischen Parteien. Die Identitätspolitik, dass jede Partei ihrer eigenen Wählergruppe gegenüber loyal sein muss, hat eine Situation geschaffen, in der die Parteien wissen, dass, wenn sie sich zusammensetzen und eine Koalition bilden, ihre Wähler ihnen ein Bündnis mit ihren politischen Gegnern nicht verzeihen würden. Bei der jüngsten Wahl im März hat Netanjahu wieder keine ausreichende Mehrheit bekommen, worauf er versuchte, eine Koalitionsregierung zu bilden und scheiterte. Und sobald er scheiterte, ging die Möglichkeit der Bildung einer Koalitionsregierung an die Opposition über. Und das geschah, als Netanjahu zuerst in Jerusalem und dann auch in Gaza zu provozieren begann. Das schuf einen Ausnahmezustand und ein enormes Gefühl von Panik, Ultrationalismus, Rassismus und Hetze im israelischen politischen System. Unter diesen Bedingungen können sich die israelischen Parteien nicht vereinigen, denn dann würden sie eine Botschaft des Kompromisses senden. Und wenn es den Palästinensern erlaubt wird, an der Regierung teilzunehmen, würde man sie als Araberliebhaber bezeichnen. Sie würden als nicht patriotisch genug angesehen werden. Das ist es, worauf Netanjahu gesetzt hat. Und genau so hat ihm die Krise in die Hände gespielt. Aktuell gibt es einen

vereinbarten Waffenstillstand zwischen der Hamas-Partei und der israelischen Regierung. Und jeder hofft, dass der Waffenstillstand andauern wird. Aber es gibt eine Diskrepanz zwischen der Art und Weise, wie dieser Waffenstillstand von der Hamas-Partei und von der israelischen Seite beschrieben wird. Die Hamas sagt, es sei ein Waffenstillstand, der eine israelische Verpflichtung beinhaltet, die Provokationen in Jerusalem einzustellen, während die Israelis behaupten, es gäbe keine solche Verpflichtung. Und während wir sprechen, findet eine große Demonstration rund um die Al-Aqsa-Moschee in Jerusalem und in der Nachbarschaft von Scheich Dscharrah statt, unweit davon, wo zahlreiche israelische Polizisten mit gummiummantelten Stahlgeschossen versuchen, die palästinensischen Demonstranten zu vertreiben. Dies macht den gesamten Waffenstillstand sehr brüchig. Sollten Menschen verletzt werden, gäbe es für die Hamas-Partei einen sehr guten Grund zu erklären, dass der Waffenstillstand von israelischer Seite nicht eingehalten wird. Und das würde wiederum der israelischen Regierung helfen, besonders Netanjahu, zu behaupten: Seht her, die Hamas beschuldigt uns, den Waffenstillstand zu brechen, aber in Wirklichkeit sind sie es, die den Waffenstillstand brechen und die Kämpfe werden wieder aufgenommen. In vielerlei Hinsicht weiß jeder Israeli, dass das, was Netanyahu hier getan hat, diese Art von trickreicher Kriegsführung oder zumindest ein blutiger Austausch von Gewalt, etwas ist, das seinen politischen Erfolgen dient, seinen kurzfristigen politischen Erfolgen. Und bis jetzt wurden bei diesem Austausch zwölf Israelis und mehr als 200 Palästinenser getötet. Aber wenn das Recht Israels, sich zu verteidigen, bedeutet, auch israelische Bürger für kurzfristige politische Gewinne des einen oder anderen Politikers zu opfern, dann hat die Aussage natürlich jeden Sinn verloren.

Der deutsche Diskurs darüber ist völlig inhaltslos. Wenn deutsche Politiker sagen, Israel habe das Recht, sich zu verteidigen, meinen sie das nicht. Sie müssen nur etwas sagen, um den Anschein zu erwecken, dass sie nicht antisemitisch sind, denn leider haben die deutschen politischen Institutionen die Fähigkeit verloren, zwischen Juden, die die Nachkommen der Opfer des Holocausts waren, und dem Staat Israel zu unterscheiden, in dem nicht alle jüdisch sind. Aber es ist eine sehr zynische Situation, in der deutsche Politiker solche Nichtigkeiten äußern, wie beispielsweise, dass Israel das Recht zur Verteidigung habe. Natürlich haben die Palästinenser kein Recht, sich zu verteidigen. Dann können sie natürlich mit ihren Aussagen fortfahren, zum Beispiel, dass sie keine Demonstrationen gegen den Einmarsch in Gaza, gegen die Bombardierung von Gaza wollen. Sie möchten nicht, dass Flüchtlinge oder Migranten nach Deutschland kommen denn diese haben auch ihre eigene politische Meinung. Sie mögen es nicht, wenn deutsche Juden nicht konform und sehr pro-israelisch sind. Viele deutsche Juden wie ich sind sehr kritisch gegenüber der Politik der israelischen Regierung und den Kriegsverbrechen des israelischen Militärs in Gaza. Um also zu versuchen, all diese Stimmen zum Schweigen zu bringen, werden diese Aussagen gebraucht. Aber lassen Sie uns sehr deutlich sein. Israel als ein Staat hat keine Rechte. Staaten haben keine Rechte. Kein Staat auf der Welt hat irgendwelche Rechte. Nur Menschen haben Rechte. Menschen haben ein Recht zu leben. Menschen haben ein Recht zu existieren. Wenn die israelische Regierung ihre Bürger schützen wollte, hätte sie natürlich die Besatzung beenden, das internationale Recht respektieren und den Palästinensern erlauben können, in Frieden und Sicherheit zu leben. Wenn sie das getan hätten, dann hätten sie ein sehr starkes Argument, um zu verlangen, dass die Palästinenser keine Gewalt anwenden sollten, weil sie keinen Grund dazu haben. Aber weil sie das nicht tun, bringen sie die palästinensische Bevölkerung in eine Situation, in der sie entweder unter israelischer Kontrolle leben, ohne irgendwelche Rechte zu haben, oder sie kämpfen für ihre Freiheit. Das ist also kein Schutz für ihre Bürger.

**TH:** Lassen Sie uns ein wenig tiefer auf die Ursachen eingehen. Ein weiteres Thema, das wenig Beachtung gefunden hat, ist die israelische Siedlungsexpansion in der Nachbarschaft von Scheich Dscharrah. Können Sie uns etwas über diese Nachbarschaft erzählen und warum sie für die israelische Regierung entscheidend ist?

**SH:** Scheich Dscharrah ist ein ganz besonderer Fall. Es gibt so viele Orte im ganzen Gebiet von Israel-Palästina, wo jüdische Kolonisten versuchen, die lokale Bevölkerung zu vertreiben, palästinensische Häuser und Land zu übernehmen und so weiter. Aber Scheich Dscharrah ist etwas Besonderes. Der Grund dafür liegt in der Behauptung von Kolonisten, dass die Häuser, in denen derzeit palästinensische Familien leben, Familien, die selbst Flüchtlinge sind, ihnen gehören sollten, weil diese Häuser vor dem Krieg von 1948 im Besitz von Juden waren. Infolge des Krieges von 1948, des Krieges, in dem der Staat Israel gegründet wurde, haben sie diese Häuser verloren und wollen sie nun zurückhaben. Diese Argumentation ist äußerst brisant. Ich habe selbst schon vor zwölf Jahren in Scheich Dscharrah demonstriert. Es ist also eine fortwährende Geschichte. Und ich habe mich bei diesen Demonstrationen vor zwölf Jahren wirklich seltsam gefühlt, denn normalerweise sieht man seine üblichen Freunde, Leute, die sich für palästinensische Rechte einsetzen. Aber in Scheich Dscharrah demonstrierten auch Leute mit uns, die liberale Zionisten waren, die sich überhaupt nicht für die Rechte der Palästinenser interessierten. Vielmehr argumentierten sie, dass wenn die Kolonisten den Palästinensern diese Häuser wegnehmen können, und zwar mit der Begründung, dass sie dieses Eigentum im Krieg von 1948 verloren haben, was wir dann tun würden, wenn Millionen von palästinensischen Flüchtlingen sagen werden, oh, wir haben auch Häuser, Land und Eigentum in Israel im Krieg von 1948 verloren und wollen es zurückhaben, indem wir den gleichen rechtlichen Präzedenzfall anwenden. Diese Geschichte in Scheich Dscharrah hat also auch die israelische Öffentlichkeit gespalten. Sie verursachte also nicht nur die Spaltung zwischen Palästinensern und Israelis, sondern schuf auch diesen Präzedenzfall. Nun hat das israelische Gericht in der Tat bereits seine Entscheidung getroffen. Das Gericht erklärte, dass nur Juden historische Gerechtigkeit bekommen können, aber Palästinenser? Nein. Was bedeutet, dass diese Familien mit ziemlicher Sicherheit sehr gewaltsam aus ihren Häusern deportiert werden. Aber der Oberste Gerichtshof Israels hat bemerkt, dass die zu veröffentlichende Entscheidung, diese Familien aus ihren Häusern zu entfernen, genau zu dem Zeitpunkt kommt, an dem Netanjahu daran scheiterte, eine Regierung zu bilden und die Opposition dasselbe Ziel verfolgte. Wenn das Gericht nun sein Urteil veröffentlichen würde, könnte dies Netanjahu in die Hände spielen, weil es eine Menge Gewalt und Zorn in Jerusalem erzeugen würde. Also wurde die Entscheidung um 30 Tage aufgeschoben. Es ist kein Zufall, dass sie 30 Tage angaben, denn das ist der Zeitraum, den die Opposition hat, um eine Regierung zu bilden. Das Gericht hat also etwas sehr Politisches getan und versucht, Netanjahu daran zu hindern, die Krise für seine eigenen Zwecke zu nutzen. Aber Netanjahu ist einfach schlauer als das Gericht und war in der Lage, die Krise trotzdem zu erzeugen, indem er einige sehr rechte Provokateure entsandte und dann die Polizei nach Scheich Dscharrah schickte, um Menschen anzugreifen und Hunderte von Menschen zu verletzen.

**TH:** Wer profitiert von diesem jüngsten Angriff auf Gaza, sowohl im Inland als auch im Ausland?

**SH:** Sicherlich profitiert Netanjahu, denn er sieht sich Korruptionsvorwürfen in einem Prozess gegenüber, der überhaupt nicht in seinem Sinne verläuft. Aber er weiß, dass, solange es einen Ausnahmezustand gibt, ihm nichts passieren kann. Solange die Sache nicht geklärt ist, kann er immer noch Premierminister bleiben. Jetzt muss er nur noch bis zum 2. Juni durchhalten, denn wenn die Opposition bis zum 2. Juni keine Mehrheitsregierung bilden kann, bleibt er Premierminister und es gibt eine fünfte Wahlrunde. Es ist also ganz klar, wer kurzfristig die meisten unmittelbaren Gewinne einfährt. Langfristig denke ich, dass die Hamas-Partei einen sehr, sehr wichtigen Gewinn im Vergleich zu anderen Fraktionen innerhalb der palästinensischen Öffentlichkeit verzeichnet. Das ist etwas, das sehr klar sein muss. Und das ist etwas, was auch unmittelbar auf die deutsche Politik zurückwirkt, denn wir sehen viele verschiedene Fraktionen unter den Palästinensern. Politische Parteien und Bewegungen haben unterschiedliche Wege, um für Freiheit, um für Gerechtigkeit und Gleichheit zu kämpfen. Und sie wollen die Boykottbewegung nutzen, zum Beispiel in Form von zivilem Ungehorsam und Protesten. Aber die Hamas sagt konsequent: Das alles wird nicht funktionieren. Der einzige Weg, Israel und die israelische Besatzung zu besiegen, ist mit Waffengewalt. Und jetzt haben sie auf die israelischen Provokationen in Al-Aqsa, in Scheich Dscharrah, in Jerusalem geantwortet, indem sie sagten, dass sie Raketen abfeuern werden. Und ihre Raketen waren effektiver als zuvor. Und das beschämt viele palästinensische Organisationen, die gewaltfreie Methoden anwenden. Auf lange Sicht könnte die Hamas sagen: Seht her, unsere gewalttätigen Methoden funktionieren besser. Und das ist sehr besorgniserregend. Der Grund, warum ich sage, dass das mit dem zusammenhängt, was in Deutschland passiert, ist, dass die deutschen politischen Institutionen konsequent die Hamas für Gewalt belohnen, aber sie für den Versuch einer Eindämmung der Gewalt bestrafen. So hat die Hamas-Partei ein Dokument veröffentlicht, das effektiv den Staat Israel anerkennt und die Tatsache anerkennt, dass die Palästinenser das Recht haben sollten, mit der israelischen Regierung auf einer gleichberechtigten Basis zu verhandeln, was bedeutet, dass die Hamas zum Beispiel nicht das Recht hat, diese Verhandlungen zu sabotieren. Und sie erklärten, dass sie kein Problem mit Juden haben, sondern lediglich mit der Besatzung. Dieses Dokument hat nicht dazu beigetragen, dass die Hamas-Partei von der Liste der Terrororganisationen in der Europäischen Union genommen wurde. Es hat die deutsche Regierung nicht davon überzeugt, dass die Hamas als Verhandlungspartner anerkannt werden sollte. Ich bin auch kein Fan der Hamas. Ich unterstütze sie auf keinen Fall. Ich habe Freunde, die durch Hamas-Anschläge getötet wurden. Es gibt also keine - ich werde mich nicht überzeugen lassen, die Hamas zu unterstützen, im Gegensatz zu anderen politischen Gruppen in Palästina, die ich sehr wohl unterstütze. Aber ich denke, dass wir jetzt, wo wir diese ekelhafte Zurschaustellung einer deutschen Solidaritätsdemonstration mit dem Staat Israel gesehen haben, als der Staat Israel einen Angriff auf den Gazastreifen durchgeführt hat - und sie hätten diese Demonstration der Solidarität mit Israel auch schon vor einem Monat haben können. Aber es wurde gewartet bis die israelische Armee 200 Palästinenser getötet hat- 40 Kinder. Und dann haben sie gesagt: Wir sind solidarisch mit dem Staat Israel. Das ist also eine Botschaft an die Hamas. Wenn ihr wollt, dass die deutsche Regierung euch anerkennt und euch als ernstzunehmende Organisation betrachtet, müsst ihr mehr Menschen töten. Ich wüsste nicht, wie man diese Botschaft anders interpretieren könnte. Ich denke also, dass die deutschen Politiker für diese Botschaft zur Verantwortung gezogen werden müssen.

**TH:** Darauf werden wir später noch näher eingehen, aber zunächst möchte ich über die Rolle der Vereinigten Staaten bei all dem sprechen. Ich möchte Sie zu der bisherigen Politik von

Präsident Biden befragen. Unterscheidet sich diese in irgendeiner Weise von der Trump-Administration oder handelt es sich nur um eine Fortsetzung der gleichen?

**SH:** Gerade jetzt, in Bezug auf den Waffenstillstand, gibt es eine Menge Gerüchte, dass dieser von Biden orchestriert wurde. Ich habe keine Beweise, die das tatsächlich bestätigen. Und Netanjahu selbst sagte, dass er das ägyptische Waffenstillstandsangebot nutzte und nicht das amerikanische. Und von der Biden-Administration ist nur wenig zu hören. Es ist nicht das Gleiche wie bei der Trump-Administration, im Hinblick auf den Sprachgebrauch, denn Trump hat durchweg sehr anti-palästinensische Aussagen gemacht und im Grunde das Recht der Palästinenser auf Leben nicht anerkannt. Biden hat zwar gesagt, dass er nach dem israelischen Angriff auf den Gazastreifen etwas Geld für den Wiederaufbau der von der israelischen Armee zerstörten Teile des Gazastreifens ausgeben wird, aber das ist natürlich eine Aussage, die erklärt, dass man hinter Israel aufräumen wird und so Teil der israelischen Angriffsmaschine ist. Aber auf der anderen Seite erkennt es auch an, dass die Palästinenser bis zu einem gewissen Grad Menschen sind und grundlegende Dinge wie Trinkwasser verdienen. Aber ich denke, eine Sache, über die nicht wirklich viel berichtet wurde, sind die Ereignisse kurz vor den israelischen Wahlen im März. Wochen vor den Wahlen versammelte sich die israelische Regierung zu einer Dringlichkeitssitzung, um zwei massive Rüstungsgeschäfte mit den Vereinigten Staaten für den Kauf von F-35-Flugzeugen und auch für die Erneuerung der gesamten Flotte der israelischen Kampfhubschrauber des Militärs zu genehmigen. Dies wird nicht aus militärischen Gründen benötigt. Es ist nicht so, dass das israelische Militär jetzt dringend mehr amerikanische Waffen kaufen müsste, schon gar nicht diese speziellen Waffen. Aber diese beiden Geschäfte, die in Milliarden von Milliarden Dollar gemessen werden, sind irgendwie durch den israelischen Haushalt verabschiedet worden, denn bekanntlich gibt es keine Mehrheitsregierung. Es ist unmöglich, irgendeine Art von Budget zu verabschieden. Aber sie haben diesen Deal trotzdem durch die Aufnahme von Krediten verabschiedet, weil er eine Situation schafft, in der das Pentagon jetzt der israelischen Regierung verpflichtet ist. Es bedeutet, dass die Rüstungsindustrie in den Vereinigten Staaten zu Präsident Biden sagt: Tu nichts, was den israelischen Angriff auf Gaza und ihre imperialistischen Expansionsgelüste untergraben würde, denn sie sind ausgezeichnete Kunden. Also ist Biden aus rein wirtschaftlichen Gründen zwischen den Fronten. Ich meine, die politische Meinung innerhalb der Demokratischen Partei hat sich in den letzten Jahren mehr und mehr in Richtung kritischer Stimmen gegen die israelische Besatzung und Apartheid verschoben. Aber die Geschäftsinteressen der Rüstungsindustrie sind immer noch sehr stark auf der pro-israelischen Seite.

**TH:** Bevor wir zum Schluss kommen, möchte ich noch auf die BDS-Bewegung eingehen. Das ist natürlich die Boycott-Divestment-Sanctions-Bewegung. Ich möchte mich auf Europa und insbesondere auf Deutschland konzentrieren. Als wir Sie das letzte Mal interviewt haben, haben Sie die Bedeutung des Urteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte aus dem Jahr 2020 erläutert, welches als ein Sieg für die BDS-Bewegung und speziell für die Aktivisten in Frankreich angesehen wurde. Auch haben wir uns eingehend mit der Verabschiedung einer Resolution des Deutschen Bundestages beschäftigt, die die BDS-Bewegung verurteilt. Haben Sie diesbezüglich Neuigkeiten für uns?

**SH:** Ja, es gibt eine Klage gegen den Deutschen Bundestag, die diese Resolution verurteilt, weil das akademische oder das wissenschaftliche Forschungszentrum des Deutschen Bundestages einen Forschungsbericht herausgegeben hat, der zeigt, dass die

Anti-BDS-Resolution des Deutschen Bundestages gegen die deutsche Verfassung verstößt. Und basierend auf dieser Erkenntnis haben Aktivisten, die zum Schweigen gebracht wurden, denen öffentliche Gelder für beliebige Projekte verweigert wurden, denen Räume verweigert wurden, um politische Veranstaltungen im Namen dieser Resolution des Bundestages zu halten, eine Klage eingereicht. Und der Bundestag hat auf die Klage reagiert, indem er erklärte, dass er eine gerichtliche Entscheidung nicht für notwendig erachte, weil die Resolution nur eine Erklärung sei. Sie hat keinen rechtlichen Status. Das ist eine sehr interessante Aussage. Auf der einen Seite geben sie zu, dass sie Menschen nicht verbieten können, Israel zu boykottieren. Das wäre eine starke Einschränkung der Redefreiheit und der wirtschaftlichen Freiheit. Die Menschen können ihre eigenen Entscheidungen treffen. Aber gleichzeitig fehlt es ihnen an Argumenten zur Rechtfertigung, weshalb die BDS antisemitisch sein soll, wenn es doch eindeutig dies nicht ist. Und viele progressive Menschenrechtsorganisationen unterstützen die BDS. Wir sehen die neue Untersuchung von Human Rights Watch und auch von der großen israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem, die sagt, dass Israel ein Apartheidstaat ist. Und sie beweisen es. Diese Berichte sind sehr klar. Wenn nun ein Boykott ein legitimes Mittel zum Protest gegen die Apartheid in Südafrika war, warum sollte er dann nicht auch ein legitimes Mittel zum Protest gegen die Apartheid in Israel-Palästina sein? Ich denke, das ist ganz klar. Meiner Meinung nach macht dieser Angriff, den wir jetzt auf Gaza gesehen haben, die Hamas stärker, und die Hamas ist ein viel stärkerer Gegner der BDS als die deutsche Regierung oder die israelische Regierung. Die Hamas ist wirklich in der Lage, die BDS zu schwächen, indem sie sagt, wir brauchen keine gewaltfreien Maßnahmen. Wir wollen uns auf gewalttätige Maßnahmen konzentrieren. Und dann erleichtert diese Art von Angriff tatsächlich die Unterdrückung der BDS-Bewegung. Es gibt einen deutschen Wissenschaftler, der kürzlich die Frage gestellt hat, was die Palästinenser tun sollen. Die Hamas-Partei wird beschuldigt, eine terroristische Organisation zu sein, die Raketen auf Israel abfeuert. Aber wenn es ihnen nicht erlaubt ist, die BDS zu unterstützen, weil die deutsche Regierung sagt, dass sie antisemitisch ist, was sind dann ihre Optionen? Und ich denke, das ist eine sehr wichtige Erkenntnis, dass wir durch die Unterstützung der BDS tatsächlich versuchen, die Parameter des gesamten Konflikts zu verschieben und ihn zu einer Frage der grundlegenden Menschenrechte zu machen.

**TH:** Dr. Shir Hever, ich danke Ihnen. Es war toll, Sie wieder in der Sendung zu haben.

**SH:** Vielen Dank.

**TH:** Ich danke Ihnen. Und ich möchte Ihnen allen danken, dass Sie diese Folge von Die Quelle gesehen haben. AcTVism Munich wird Sie weiterhin über die aktuelle Situation auf dem Laufenden halten. Abonnieren Sie also unseren YouTube-Kanal. Und wenn Sie die Möglichkeit haben und Ihnen die Arbeit, die wir hier machen, gefällt, spenden Sie bitte an unsere Organisation, damit wir mit unseren unabhängigen Nachrichten und Analysen fortfahren können. AcTVism Munich erhält keine Firmengelder oder Regierungsgelder, daher sind wir auf Ihre Spenden und Ihre Unterstützung zur Aufrechterhaltung unserer Arbeit angewiesen. Das wäre alles für heute. Vielen Dank fürs Zuschauen und bis zum nächsten Mal.

**ENDE**